

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 35 (1955-1956)
Heft: 7

Artikel: Die französische Deutschlandpolitik 1945-1955
Autor: Albertini, Rudolf v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160440>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE FRANZÖSISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK 1945-1955

VON RUDOLF v. ALBERTINI

Der Versuch einer Großmachtpolitik

In den Jahren 1943—1945 sahen *General de Gaulle* und die nach der Einnahme von Paris gebildete provisorische Regierung ihre Aufgabe vorerst darin, den französischen Großmachtsanspruch zu vertreten und dem Lande wiederum die Stellung einer Weltmacht zu verschaffen. Frankreich wurde von den Alliierten nicht als gleichberechtigter Partner betrachtet und zu den Konferenzen der Großen Drei nicht eingeladen; es war anfänglich noch besetztes Land, dann erst vor kurzem von den Alliierten befreit, während sein Beitrag zum Krieg gegen Deutschland trotz de Gaulle und Résistance im Verhältnis zu den drei Großmächten gering erschien. Stalin hat dies mit aller Deutlichkeit betont, während Roosevelt *General de Gaulle* mißtraute und vor allem einer Wiederherstellung des französischen Kolonialreiches abgeneigt war. Seinen Ideen gemäß sollten die Kolonien Frankreichs (und Hollands) entweder unabhängig oder einer internationalen Kontrolle unterstellt werden. Frankreich konnte auf eine gewisse Unterstützung Englands zählen, das einen Rückzug Amerikas aus der Weltpolitik und aus Europa befürchtete und daher interessiert war, die französische Position zu stärken, um Rußland nicht allein entgegentreten zu müssen. Churchill war zudem, mit Rücksicht auf das Empire, an der Wiederherstellung des französischen Kolonialreiches interessiert. De Gaulle glaubte die Anerkennung Frankreichs als Großmacht und seinen Anspruch, in den europäischen Fragen ein entscheidendes Wort zu sprechen, am besten durch ein Ausspielen der Alliierten und vor allem durch eine Anlehnung an Rußland erreichen zu können. Stalin kam ihm hier scheinbar entgegen, indem er im August 1943 *Giraud* fallen ließ, de Gaulle und dann auch die provisorische Regierung de jure anerkannte, Frankreich zur Teilnahme an der Friedensplanung nach London einlud und schließlich am 9. Dezember 1944 in Moskau einen französisch-russischen Pakt abschloß. Im Laufe des Jahres 1945 hat de Gaulle, trotz der amerikanischen Zurückhaltung, sein Ziel weitgehend erreicht: Frankreich blieb Kolonialmacht, es wurde in den Alliierten Kontrollrat aufgenommen und erhielt eine Besatzungszone in Deutschland; außerdem wurde es ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UNO.

Dieser erste Erfolg täuschte über die Tragweite einer Anlehnung an Rußland. De Gaulle und sein Außenminister *Bidault* haben den französisch-russischen Pakt weit überschätzt und die Illusion gehegt, nun zwischen Angelsachsen und Rußland weitgehende Entscheidungsfreiheit zu haben und eine europäische Großmachtpolitik einleiten zu können. Die Vorherrschaft in Europa sei Frankreich gesichert. Rußland fühlte sich aber in keiner Weise an diesen Pakt gebunden und hat nicht einmal in Potsdam, wo Frankreich nicht zugegen war, die französischen Ansprüche unterstützt. Frankreich hatte sich so in eine falsche Ausgangsposition hineinmanövriert. Um so mehr, als de Gaulle von einer Überschätzung der französischen Macht ausging und die völlige Verschiebung im Kräfteverhältnis der Großmächte nicht genügend berücksichtigte. Er fühlte sich als Repräsentant der «Grande Nation», dachte in den traditionellen Kategorien französischer Größe und weltweiter Ansprüche und war überzeugt, daß die geopolitische Lage und das Ansehen als zivilisatorische Macht Frankreich besonders begünstigten und es die Rolle einer unabhängigen Großmacht spielen ließen. Die russische Allianz schien Frankreich einen Macht- und Prestigegewinn zu verschaffen, der ihm ein starkes Auftreten gegenüber England und vor allem gegenüber Deutschland gestattete. Daß die Kräfteverhältnisse sich völlig verschoben hatten, wurde de Gaulle und damit auch der öffentlichen Meinung vorerst nicht klar. Man glaubte die überlieferte Stellung Frankreichs wiederhergestellt zu haben und mindestens an Versailles anknüpfen, besser gesagt, die scheinbar damals gemachten Fehler vermeiden zu können.

Dies zeigte sich in der Stellungnahme zur deutschen Frage. De Gaulle und Bidault orientierten sich hier an der traditionellen Deutschlandpolitik der «Grande Nation» und an den Ideen militaristisch-nationalistischer Kreise der Jahre 1919—1925. Die französischen Forderungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Deutschland mußte die Möglichkeit, wiederum Großmacht zu werden, eine Wehrmacht aufzubauen und die europäische Sicherheit zu bedrohen, endgültig genommen werden. Was 1919 nicht gelungen war, sollte nun nach der bedingungslosen Kapitulation nachgeholt werden. Dies war aber ohne Gebietsabtretungen Deutschlands nicht denkbar. Das Ruhrgebiet mußte aus dem deutschen Staatsgebiete herausgelöst und einer internationalen Kontrolle unterstellt werden. Die Gruben sollten enteignet und von einem internationalen Organ im Interesse aller Mächte verwaltet werden; ein Zollgürtel sollte das Ruhrgebiet von Deutschland trennen. Auch das Rheinland sollte von Deutschland politisch und wirtschaftlich getrennt und von französischen, belgischen und holländischen Truppen besetzt werden. Im übrigen könnten sich hier einer, zwei oder drei Staaten (!) bilden,

wie ein Memorandum zuhanden des Außenministerrates vom 25. April 1946 ausführt. Die Saar schließlich würde ein eigenes Statut erhalten; die Gruben erhalte Frankreich, das Gebiet sollte besetzt und dem Berliner Kontrollrat entzogen werden. Der Rest Deutschlands würde föderalistisch umgeformt; keine Zentralregierung dürfe entstehen, höchstens eine Art Staatenbund mit einer Zollunion.

Diese Ansprüche wurden nach 1945 in Erklärungen und Ansprachen de Gaulles und Bidaults, aber auch in Memoranden an die Alliierten immer wieder zum Ausdruck gebracht. Es fällt dabei auf, daß das deutsche Problem ganz im Vordergrund steht, gewissermaßen einziges außenpolitisches Problem darstellt, und daß eine künftige Bedrohung des Friedens wiederum ausschließlich nur von Deutschland erwartet wird. Dieses Deutschland sei seiner ganzen Tradition und Anlage nach auf Macht und Herrschaft ausgerichtet und müsse nun endgültig ausgeschaltet werden. Andere Rücksichten wurden zurückgestellt: daß nun zwei Weltmächte außerhalb Europas die Geschicke der Welt weitgehend entschieden, Europa nur noch ein Konfliktsherd unter anderen und kaum mehr Ausgangspunkt weltpolitischer Entscheidungen sein konnte, wurde kaum erwähnt; die Tatsache, daß im mitteleuropäischen Raume ein Vakuum entstand, wurde willentlich übersehen oder begrüßt. Es war zudem eine eigenartige Verblendung, in Europa die Zahl der Staaten und Zollschranken ausgerechnet in einem Zeitpunkt zu vermehren, da Europas Machtbasis und Wirtschaftsgebiet zu klein geworden war. Es ist dies um so auffallender, als gerade de Gaulle in Kriegsreden verschiedentlich einen europäischen Gedanken vertreten und für die Nachkriegszeit eine europäische Zusammenarbeit, und zwar mit Deutschland, in Aussicht gestellt hatte. Nun aber war dieser europäische Ansatz ganz in Vergessenheit geraten, offenbar in der Selbsttäuschung, nun wirklich wieder Weltmacht geworden zu sein und damit endlich die deutsche Frage «lösen» zu können. Daß die französische Öffentlichkeit General de Gaulle willig folgte — trotz ganz andersgearteter Stimmen innerhalb der Résistance —, war nach den Enttäuschungen der Vorkriegszeit und nach den Leiden des Krieges verständlich; aber es besteht rückblickend kein Zweifel, daß Frankreich hier seine große Chance verpaßt hat. Die Beobachter sind sich einig, daß das französische Prestige in West- und Osteuropa nach 1945 auffallend stark war und von Frankreich geradezu eine Führungsposition im Sinne einer europäischen Politik erwartet wurde. Eine integrierende Politik Europas mit Frankreich als «uninteressierter» Führungsmacht wäre auf weitverbreitete Sympathie gestoßen und hätte ihm eine außerordentlich starke Position verschafft. Raymond Aron hat dies bereits damals erkannt:

«France has been the pattern of the national State, she is now participating in the decline of Europe and the nationalities. Does not her mission lie in the rescue of these national States obstacle of their own tradition and the latter to regain a sense of unity?» («International Affairs», Nr. 21/1945, S. 447.)

So war denn «die Stimme Europas an der Eröffnungssitzung der UNO in San Francisco nicht zu vernehmen», wie General Smuts klarblickend feststellen konnte. Frankreich hielt an der traditionellen Großmachtpolitik fest, ohne Europa zu berücksichtigen, aber auch ohne sich an das westliche oder östliche Lager anschließen zu wollen. Wie aber konnte Frankreich seine hochgestellten Forderungen in der deutschen Frage zur Annahme bringen? Frankreich war in Potsdam nicht anwesend; die dort festgelegte Bildung einer Zentralverwaltung für Deutschland, die dem Kontrollrat übertragen wurde, stieß auf den hartnäckigen Widerstand der französischen Regierung, die vorerst die deutsche Westgrenze geregelt sehen wollte und in einer Zentralverwaltung eine Präjudizierung oder gar eine Verhinderung der französischen Lösung der Ruhr-Rheinland- und Saarfrage sehen mußte. Rußland aber und die Amerikaner und Engländer lehnten die Abtretung deutschen Gebietes ab: die Alliierten im Westen in erster Linie mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Konsequenzen, die Russen aus Angst, es könne sich so eine Westallianz und ein Westblock bilden, der sich Rußland gegenüberstelle. Was sich schließlich ergab, war eine Politik der Negation. Da der alliierte Kontrollrat Einstimmigkeit verlangte, konnte Frankreich mit seinem Veto Entscheidungen über Deutschland verhindern oder wenigstens verzögern. Die Überschätzung der eigenen Position und die Mißachtung der neuen Weltlage führten schließlich zu einer Isolierung Frankreichs, zu Mißtrauen und Kritik im Lager der Alliierten und zu Enttäuschung und Resignation im eigenen Lande. Solange Frankreich stur an seinen Forderungen festhielt, ohne sie erzwingen zu können — im Unterschied zur Zeit nach 1919 —, blieben die Entscheidungen den Alliierten überlassen, denen man sich zögernd und unter Prestigeverlust jeweils verspätet dennoch fügen mußte.

Dies zeigte sich deutlich in den Jahren 1946 und 1947. Die Spannungen zwischen Ost und West zeichneten sich immer schärfer ab; in der Reparationenfrage und in der Behandlung Deutschlands war keine Einigung mehr zu erzielen. Mehrere Außenministerkonferenzen verliefen mehr oder weniger ergebnislos. Bereits am 6. März 1946 hatte Churchill in Fulton (USA) den Begriff des Eisernen Vorhanges geprägt, der sich nun mitten durch den Kontinent gelegt habe. Im September beschlossen die amerikanische und die britische Militär-

regierung den wirtschaftlichen Zusammenschluß ihrer Zonen, ob- schon Rußland dagegen protestierte. Am 6. September hielt Staats- sekretär Byrnes seine berühmte Stuttgarter Rede, in welcher der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands und dessen Gesundung als «ein Teil Europas» als notwendig erachtet wurden. Frankreich blieb schmollend beiseite, lehnte den Anschluß an die Bizone ab, hielt an seinen Ruhr- und Rheinlandansprüchen fest und widersprach jeder deutschen Zentralverwaltung. Aber es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich den westlichen Alliierten anzunähern und sich z. B. mit gewissen administrativen Zentralbehörden zur Regelung der Re- parationen einverstanden zu erklä- 1. Ministerpräsident *Gouin* sprach zwar am 24. März 1947 in Straßburg versuchsweise nicht mehr von einer Abtretung der Ruhr und des Rheinlandes, sondern nur noch von einer internationalen Kontrolle der Ruhrproduktion; Bidault aber hielt vorläufig an den alten Forderungen fest.

Die Anlehnung an die atlantischen Mächte

Eine eigentliche Schwenkung der französischen Außenpolitik vollzog sich erst mit und nach den Außenministerkonferenzen in Moskau (Frühling 1947) und London (Dezember 1947). Frankreich hatte in Moskau von Rußland keine Unterstützung erhalten, weder in der Frage der Zentralverwaltung noch in der Saarfrage. Im Juni und Juli hatte Moskau die Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten im Hinblick auf die Marshallhilfe abgelehnt und damit deut- lich gegen den Westen Stellung bezogen. In London weigerten sich die Russen, die Saarfrage zu behandeln, während nun England und die Vereinigten Staaten bereit waren, Frankreich entgegenzukommen und der Eingliederung der Saar ins französische Wirtschaftsgebiet, die sich schrittweise abgezeichnet hatte, zuzustimmen. Nach Ab- bruch der Londoner Konferenz, die den Konflikt zwischen Ost und West deutlich gemacht hatte, mußte Außenminister Bidault am 20. Dezember 1947 im französischen Parlament resigniert erklären:

«Wir sind lange, ohne dafür besonders belohnt zu werden, diejenigen gewesen, welche die Spaltung Europas und der Welt verhindert haben. Jetzt, da das Ereignis im Rollen zu sein scheint, ohne daß wir etwas getan haben, um es herbeizuführen, und alles getan haben, um es zu verhüten, führen wir unsere Auf- gabe fort, die darin besteht, zu unserer eigenen Sicherung und für den Frieden der Welt die ständigen Ziele der französischen Politik mit den uns verbliebenen Mitteln durchzusetzen.» (Do- kumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 6, 1948, S. 47.)

Der Versuch einer selbständigen französischen Großmachtpolitik und der Anspruch, zwischen den Weltmächten lavieren zu können, waren gescheitert; nur in der Saarfrage war ein gewisser Erfolg erzielt worden; die anderen Forderungen aber hatten aufgegeben werden müssen.

Nach der Londoner Konferenz zeichnete sich eine neue Politik ab. Frankreich stand nun eindeutig im westlichen Lager. Auch die innenpolitische Situation wurde geklärt, indem *Ramadier* im Mai 1947 die Kommunisten aus seiner Regierung entließ. Frankreich leistete amerikanischen Wünschen Widerstand, pochte auf seine geopolitische und militärisch zentrale Position im Verteidigungsschema des Westens und versuchte, sich seine Konzessionen mit einer recht unschönen «Erpressungspolitik» in amerikanischen Hilfeleistungen (Marshallgelder, Indochinahilfe, Offshore-Bestellungen) bezahlt zu machen. Aber es war nun doch eindeutig bestrebt, die Beziehungen zu den Westmächten, vor allem zu England, auszubauen. *Léon Blum* klärte im Januar 1947 bei einem Besuch in London einige Mißverständnisse in den französisch-englischen Beziehungen auf, und am 4. März wurde in Dünkirchen ein Vertrag mit England abgeschlossen. Gegenüber Deutschland war nun ein schrittweises Entgegenkommen nicht mehr zu umgehen, da vor allem die Vereinigten Staaten energisch die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands anstrebten und bereit waren, dieses den Westmächten einzugliedern. Ansätze zu einer europäischen Politik im Sinne einer deutsch-französischen Aussöhnung zeichneten sich ab. Eigenartigerweise ging der Anstoß von England aus. Churchill hatte in seiner Zürcherrede bereits am 19. September 1946 die «Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland» und die Eingliederung Deutschlands in eine europäische Föderation propagiert, und Ernest Bevin sprach am 22. Januar 1948 in einer großen Unterhausrede über die europäische Einheit. Frankreich blieb vorerst eher zurückhaltend. Bidault ging zwar am 13. Februar 1948 im französischen Parlament auf diese neuen Tendenzen ein und nannte die europäische Einheit eine Mission Frankreichs, lehnte aber gleichzeitig ein zentralisiertes Deutschland ab und hielt an der Besetzung der Rheinprovinzen und am Ruhrstatut fest. Im Mai wurde in London Deutschland in die ERP-Organisation aufgenommen, am 11. April erklärte sich Frankreich mit der Bildung einer westdeutschen Regierung auf der Dreizonenbasis einverstanden, während Marshall und Bevin in der Frage des Ruhrstatuts nachgaben. Die engere Zusammenarbeit mit England zeigte sich deutlich im Brüsselerpakt vom 17. März 1948, der offiziell gegen Deutschland gerichtet war, faktisch aber die westliche Sicherheit gegenüber Rußland erhöhen sollte und daher eine Stärkung Deutschlands ins Auge faßte. Diese doppelte Sicherung trat nach dem Fall der Tschechoslowakei und der Blockade Berlins

1948 noch deutlicher in Erscheinung. Die Konzessionen an Deutschland wurden begleitet vom Aufbau übernationaler Gremien. Am 25./26. Oktober wurde die atlantische Gemeinschaft begründet, am 8. April 1949 das Besatzungsstatut in Washington unterzeichnet, im Mai die Schaffung des Europarates beschlossen und das Bonner «Grundgesetz» angenommen, am 10. August der Europarat von *Herriot* eröffnet. Diese auffallende Parallele war kein Zufall: wenn ein souveräner deutscher Staat nicht zu verhindern war, so mußte versucht werden, ihn an Europa zu binden und gleichzeitig die europäische Koordination und Zusammenarbeit — unter Einschluß Englands — zu fördern. Im Hintergrund blieb die atlantische Gemeinschaft, die militärische Hilfe und wirtschaftliche Unterstützung gab, also eine gewisse Rückendeckung versprach. Durch Anbahnung besserer Beziehungen mit Deutschland konnte Frankreich eine gewisse vermittelnde Funktion ausüben und in europäischen Fragen wieder initiativ vorgehen.

Als im Juli 1948 *Robert Schuman* das Außenministerium übernahm, wurde die europäische Komponente der französischen Deutschlandpolitik noch verdeutlicht. Wenn es sich bei Bidault noch weitgehend um eine Politik wider Willen gehandelt hatte, so wurde unter Schuman die deutsch-französische Aussöhnung mit dem Ziel einer europäischen Gemeinschaft zu einem ernstgemeinten Anliegen. Das heißt nicht, daß man bereitwilligst Konzessionen machte. Schuman war aber um die Schaffung einer neuen Atmosphäre bemüht und wollte mit dem deutschen Partner ins Gespräch kommen. In diesem Sinne sollte auch die Saarfrage geregelt werden. Frankreich war keineswegs bereit, auf die wirtschaftliche Angliederung der Saar an Frankreich zu verzichten. Es glaubte — wenn wir hier die nationalistischen Aspekte vernachlässigen —, daß es die Saarkohle notwendig brauchte, um wirtschaftlich und politisch gegenüber dem potentiell stärkeren Deutschland bestehen zu können. Mit diesem Hinweis auf einen gewissen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland kann jedenfalls der französischen Forderung auf die Saarwirtschaft die weitgehende Berechtigung nicht abgesprochen werden. Für Schuman mußte die Lösung der Saarfrage im französischen Sinne Voraussetzung seiner europäischen Politik sein. Er trieb sie denn auch energisch voran, so daß am 3. März 1950 die neuen Saarkonventionen bekanntgegeben wurden. Im Hintergrund dieser Schumanschen Deutschlandpolitik blieben weiterhin die atlantische Gemeinschaft und die enge Zusammenarbeit mit England. Am 26. April 1950 äußerte sich Schuman in einer Rede klar in diesem Sinne. Er möchte den Europarat, in dem auch Deutschland vertreten ist, zu einer eigentlichen übernationalen Organisation mit eigenen Streitkräften ausbauen — unter Einschluß Englands. Dahinter stände die atlant-

tische Gemeinschaft, die ihrerseits ihres rein militärischen Charakters entkleidet und, wie Bidault einige Tage vorher in Lyon erklärt hatte, zu einem «Atlantikrat des Friedens» werden sollte. Beide Äußerungen basierten zweifellos auf keinem festgelegten Programm, zeigten aber deutlich die Intention und das Ziel dieser zweiten Phase der französischen Deutschlandpolitik.

Die Europapolitik Robert Schumans

Auf diesem Wege war aber nicht weiterzukommen. Der Europarat war viel zu groß und England nicht bereit, sich ihm unter Aufgabe von Souveränitätsrechten unterzuordnen. Die Vereinigten Staaten und England drängten zudem zu weiteren Konzessionen an Deutschland; die noch bestehenden Einschränkungen für die deutsche Schwerindustrie sollten sobald als möglich abgebaut werden. Diese Frage sollte auf einer Außenministerkonferenz in London im Mai 1950 zur Sprache kommen. Da trat Schuman unvermittelt dazwischen, indem er am 9. Mai 1950 an einer Pressekonferenz seinen Plan einer Zusammenlegung der europäischen Montanindustrie bekanntgab. Die deutsch-französischen Beziehungen wurden damit in einer brennenden Frage angepackt. Ein Montanparlament und ein Ministerrat sollten geschaffen werden, die über souveräne Kompetenzen verfügten und damit Vorbild einer europäischen Föderation sein konnten. Eine momentane Frage hatte den Anlaß zu diesem Plan gegeben, und es schien sich vorerst um eine reine Verzögerungsaktion in der Frage der Kontrolle der deutschen Schwerindustrie zu handeln. In der Tat waren die Sicherung gegenüber einem allzu starken Deutschland und selbst die Idee des europäischen Gleichgewichtes im Vorschlag zur Montanunion — wenn auch in neuer Form — enthalten. Es galt, den Aufbau der deutschen Schwerindustrie weiterhin kontrollieren zu können, nicht durch äußere Einschränkungen, sondern durch die Unterstellung unter eine europäische Behörde und die damit bezweckte Koordination mit den übrigen europäischen Montanindustrien. Die deutsche Schwerindustrie schien zudem damit der deutschen Regierung entzogen zu werden, womit sich eine gewisse Sicherung gegen ihre Verwendung zur Aufrüstung ergab. Obschon also die Montanunion vorerst zweckbestimmt erschien und die Aufhebung der Ruhrkontrolle ohne neue Sicherung verhindert werden sollte, konnte der positive Ansatz von großer Tragweite nicht verkannt werden. Der Plan entsprach zudem durchaus der Schumanschen Europaidee und gab einen sehr günstigen Ausgangspunkt für ein weiteres Vorgehen. Sollte es möglich sein, mit einer «funktionellen» Integration weitere Produktionszweige zu erfassen, so schienen sich eine immer weitergehende Eingliederung Deutschlands und gleichzeitig

die Voraussetzung für die schließlich notwendig erscheinende politische Behörde im Sinne eines europäischen Parlamentes zu ergeben. Dies war zweifellos ein Fernziel Schumans. Indem nun aber Frankreich auf die Mitwirkung Englands verzichtete, das keiner übernationalen Behörde beitreten konnte, und sich auch nicht so sehr an die Atlantikorganisation anlehnte, sondern mit Deutschland direkt zusammenarbeiten wollte und sich auf «Kleineuropa» beschränkte, wurden wesentliche Elemente der bisherigen Deutschlandpolitik aufgegeben. Ein neuer Abschnitt begann.

Diese neue Deutschland- und Europapolitik hatte Erfolg. Trotz einigem Mißtrauen standen bereits in London Schuman und sein Plan im Mittelpunkt der Diskussion. Nach einer Reihe von Konferenzen zur Ausarbeitung der recht komplizierten Organisation erfolgte am 18. Mai 1951 die Unterzeichnung. Weitere Integrationspläne wurden diskutiert und erste Vorschläge zu einer europäischen Verfassung verhandelt. Es war die Ära Schumans, Adenauers und De Gasperis mit ihrer aktiven und hoffnungsvollen Europapolitik, auf die man bereits heute — trotz aller Skepsis — mit einer gewissen Wehmut zurückblickt. Die französische Deutschlandpolitik hat in dieser Periode einen greifbaren Erfolg und einen deutlichen Prestigegewinn erzielt. Vor allem hatte sie nun wiederum die Initiative ergriffen. Was an sich nach 1945 möglich gewesen wäre, schien nun nachgeholt und hoffnungsvoll in die Wege geleitet. Das Dilemma, einem deutschen Staat nach und nach völlige Souveränität geben zu müssen und ihn in die Abwehrfront gegen Rußland einzubauen, gleichzeitig aber um Frankreichs Sicherheit und seinen Führungsanspruch besorgt zu sein, schien lösbar zu sein in einer von Frankreich initiativ vorangetriebenen Europapolitik. Es ist erstaunlich, wieviel Sympathie Frankreich nach Inangriffnahme der Schumanschen Außenpolitik zugeflossen ist. Es ist dies ein weiterer Beweis dafür, daß verschiedene Staaten und vor allem die öffentliche Meinung eine Initiative Frankreichs geradezu erwartet hatten und auch bereit gewesen wären, Frankreich eine gewisse Führungsposition innerhalb einer konstruktiven Europapolitik zuzugestehen.

Diese Europapolitik war kaum angelaufen und der Vertrag der Montanunion noch nicht unterzeichnet, als bereits eine Frage mit gefährlicher Sprengkraft aufgerollt wurde: der deutsche Verteidigungsbeitrag. In den Plänen der Europapolitiker hatte diese Frage vorerst noch nicht zur Diskussion gestanden; es galt zuerst weitere «funktionelle» Integrationen vorzunehmen und erste Schritte zu einer europäischen Behörde zu wagen, bevor man von deutschen Streitkräften und deutscher Rüstung sprach. Die berechtigten Befürchtungen gegenüber einer deutschen Aufrüstung wären dann weniger schwerwiegend gewesen und die nationalen Antagonismen und Ressenti-

ments nicht allzu stark ins Gewicht gefallen. So aber mußten sich schwere Spannungen ergeben.

Nach dem Angriff auf Korea und den nun energisch betriebenen Abwehrmaßnahmen innerhalb des Atlantikrates schien es angezeigt, daß auch Westdeutschland seinen Beitrag leistete. Man war sich zwar einig, daß keine nationale deutsche Armee aufgestellt werden sollte, aber deutsche Streitkräfte mußten in irgendeiner Form der westlichen Verteidigung zur Verfügung stehen. An einer Konferenz in Washington im September 1950 waren die Mitglieder des Atlantikrates bereit, deutsche Streitkräfte direkt in die NATO einzugliedern. Nur Frankreich sprach sich dagegen aus; die Entscheidung sollte, so hieß der aufschiebende Beschluß des Rates, im Oktober fallen. Da trat Frankreich wiederum mit einer Gegenaktion dazwischen, indem es mit dem *Plevenplan* (24. Oktober 1950) eine europäische Armee vorschlug, die deutsche Einheiten auf Bataillonsbasis und ohne Gleichberechtigung umfaßte. Der europäische Gedanke diente hier also wiederum zur Verzögerungspolitik, aber der Vorschlag schien irgendwie in der Luft zu liegen und tragbar zu sein, so daß er, trotz anfänglicher Ablehnung, schließlich akzeptiert und hartnäckig verfochtenes Ziel der westlichen Politik wurde. Die französischen Forderungen allerdings waren nicht aufrechtzuerhalten, und Deutschland mußte innerhalb der EVG weitgehende Gleichberechtigung zugestanden werden. Am 27. Mai 1952 wurde der Vertrag der EVG in Paris unterzeichnet.

Ein Schritt zurück und die Politik des Lavierens

Nun zeigte es sich aber, daß man die Rechnung ohne den Wirt, Europapolitik ohne das französische Parlament gemacht hatte. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stieß auf hartnäckigen Widerstand: die kommunistische Opposition lehnte nicht nur die westdeutsche Aufrüstung, sondern die westliche Konsolidierung als solche ab; de Gaulle hielt an seiner vagen Idee fest, Deutschland eingliedern zu können, ohne ihm Gleichberechtigung zu geben und ohne auf französische Souveränitätsrechte zu verzichten; bei den sogenannten «Neutralisten» verband sich die verständliche Ablehnung jeder deutschen Aufrüstung mit der Forderung, mit Deutschland zusammen einen europäischen Block zu bilden, der sich im Konflikt zwischen Ost und West möglichst unabhängig verhalte und seine Verteidigungskräfte eher abbaue als ausbaue, oder man hielt strikte an der nationalen Armee und nationalen Souveränität fest. Herriot brachte es fertig, diesen Souveränitätsgedanken mit der Forderung zu verbinden, es müsse zuerst die politische Gemeinschaft Europas entstehen — was nichts anderes sein konnte als eine demagogische

Politik der «suranchère», der Verzögerung und Negation. Entscheidend wichtig wurde dabei das nur selten ausgesprochene Argument, daß Frankreich sich im Grunde gar nicht stark genug fühlte, um mit Deutschland eine eigentliche Gemeinschaft einzugehen, und fürchtete, nach dem Verzicht auf Souveränitätsrechte vom stärkeren Westdeutschland überspielt zu werden. Die These von *Mendès-France*, Frankreich müsse vorerst innerlich saniert und gestärkt werden, bevor es eine aktive Europapolitik einleiten könne, fand hier ihren Ausgangspunkt. Es besteht wohl kein Zweifel, daß die Schumansche Außenpolitik in Frankreich weder völlig verstanden wurde noch eigentlich unterstützt und von den politischen Parteien getragen war. Man sah nicht genügend, daß es sich nicht um eine Aufgabe französischer Ansprüche und französischer Initiative und Führung handelte, sondern um den Versuch, das selbständige Vorgehen Deutschlands zu erschweren und eine gewisse Kontrollmöglichkeit zu behalten. Mit seiner Opposition gegen die Ratifizierung der EVG und mit seiner Verzögerungstaktik hat Frankreich die Initiative in der europäischen Politik wieder eingebüßt, ohne einen Gegenwert zu erhalten. Die westlichen Alliierten wurden ungeduldig, mißtrauten Frankreich und mußten nun erst recht auf die westdeutsche Karte setzen. Die Bundesrepublik ihrerseits gewann gleichzeitig die Gelegenheit, sich als Champion der europäischen Integrations- und Einigungspolitik auszugeben. Man wird es Mendès-France nicht verargen dürfen, wenn er auf eine Entscheidung drängte, nachdem es weder Schuman noch Bidault gelungen war, die parlamentarische Mehrheit für die Ratifizierung der Verträge zu erhalten. Mendès-France hatte sich in europäischen Fragen stets zurückhaltend gezeigt, wollte sich selbst nicht exponieren und hat die Verhandlungen in Brüssel über die Zusatzanträge bereits im Hinblick auf die Ablehnung der EVG und eine mögliche Ersatzlösung geführt. Es ist ihm ja dann auch erstaunlich schnell gelungen, eine solche zu finden. Er griff dabei auf die französische Deutschlandpolitik der Jahre 1947—1949 zurück und suchte in erster Linie ein enges Zusammengehen mit England. Dem französischen Sicherheitsverlangen sollte nicht mehr durch direkte Zusammenarbeit mit Deutschland und eine konstruktive Europapolitik entsprochen werden, sondern durch eine Anlehnung an England und den Versuch, dieses in eine lose europäische Organisation zur Verteidigung einzubeziehen. Das eigenartige Anknüpfen an den Brüsseler Pakt von 1948 und dessen improvisierte Umwandlung in die Westeuropäische Union sind symptomatisch für die neue Phase der französischen Deutschlandpolitik.

Aber ist damit etwas erreicht und ist auf diesem Wege weiterzukommen? Es ist fraglich, ob die Westeuropäische Union irgend-

welche Bedeutung erlangen wird. Es handelte sich wohl mehr nur um den formalen Ausweg, um Frankreich zur Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantikrat zu bewegen und die Aufstellung deutscher Streitkräfte zu ermöglichen. Nicht nur die französische Großmachtpolitik nach 1945 ist gescheitert; auch der Versuch, die Wehrmacht zu verhindern, indem man die EVG ablehnte, hat mit einem Mißerfolg geendet. Sogar die Zeitung «Le Monde», die der Schuman'schen Europapolitik skeptisch gegenübergestanden und die EVG heftig bekämpft hatte, mußte am Jahrestag der Befreiung resigniert feststellen:

«Au lieu de s'acharner, d'ailleurs absolument en vain, à dépecer le cadavre de l'Allemagne, la sagesse eût été de notre côté de comprendre qu'on ne détruit pas un peuple de soixantedix millions d'habitants et que l'occasion était belle de lui proposer une réconciliation. Au lieu de jouer la comédie à chaque instant humiliante de parent pauvre des Trois Grands obligé de cheminer de concession en concession il aurait fallu comprendre dès ce moment que l'Europe, écrasée entre les superpuissances, était mûre pour une formule fédérale ou confédérale dont il aurait alors paru tout naturel à chacun que l'impulsion revint à la France.» (Leitartikel 9. Mai 1955.)

Seither stellt Frankreich mit einigem Unbehagen fest, daß sich die Vereinigten Staaten der Bundesrepublik zuwenden und in ihr ihren starken europäischen Partner sehen. Es bleibt zwar unter den Großen Vier, kann aber in keiner Weise irgendwelche Entscheidungen erzwingen. Das Mißverhältnis zwischen seinen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen und denjenigen seiner Partner ist allzu groß. Vorschläge wie derjenige Faures zur Abrüstungsfrage, der innenpolitische Rücksichten nicht verdecken konnte und den Anschein eigener französischer Initiative erwecken sollte, überzeugen niemand und komplizieren höchstens die Verhandlungen mit dem Osten. Im übrigen scheint sich Frankreich in Genf eher zurückhaltend verhalten zu haben. Sollte es seine Initiative durch neue Manöver zur Verhinderung oder Verzögerung der bereits beschlossenen deutschen Aufrüstung oder durch eine gegen Bonn gerichtete Politik zurückzugewinnen suchen, so wird es auf amerikanischen und englischen Widerstand stoßen, das Mißtrauen der Alliierten verstärken und die eigene Isolierung nicht vermeiden können. Eine Frankreich angemessene Politik auf lange Sicht wird im Sinne Schumans erfolgen müssen. Sofern Frankreich die Europapolitik wieder aufnimmt, wird es wieder eigene Initiative entfalten können, die Anerkennung und Unterstützung seiner Alliierten und vieler europäischer Staaten erhalten und den gewünschten Prestigegewinn er-

zielen. Allerdings sind auch die Möglichkeiten einer Europapolitik begrenzter als bisher; Deutschland war bis anhin gezwungen gewesen, europäische Lösungen zu akzeptieren, um vermehrte Bewegungsfreiheit zu erlangen. Es mußte auf gewisse Ansprüche verzichten und Konzessionen machen, während es jetzt auf seine Souveränität und auf seine Stärke pochen und Forderungen stellen kann. Die deutsche Bereitschaft, sich supernationalen Organisationen einzugliedern, hat sich denn auch in letzter Zeit deutlich abgeschwächt. Frankreich wird aber keine andere Möglichkeit haben, Deutschland gegenüber initiativ aufzutreten und sich seine Position und sein Ansehen in Europa zu erhalten, als eben diese europäische Politik, die einmal verpaßt und ein zweites Mal vorzeitig aufgegeben wurde, wiederum aufzunehmen und, unter Anerkennung sowohl der westdeutschen Souveränität und Gleichberechtigung wie seines Anspruches auf Wiedervereinigung, nicht nur eine weitere Aussöhnung mit Deutschland, sondern auch eine konstruktive Europapolitik im Sinne «funktioneller» Integrierung mit dem Endziel föderativer Strukturen voranzutreiben!

DIE KONFERENZEN VON APELDOORN

Zu den eigenartigsten Konferenzen, die je stattfinden mögen, gehören diejenigen von Apeldoorn. Sie werden von keiner Organisation, weder von einem wissenschaftlichen noch einem kirchlichen Gremium einberufen, was auch nicht ihrem Sinn entspräche. Was in diesem holländischen Städtchen — in einem alten Jagdschloßchen im königlichen Park — jährlich in einer mehrtägigen Frühjahrs-, Sommer- und Herbstkonferenz gepflegt wird, ist etwas ganz anderes.

«Um Gotteswillen», schrieb mir einer der Veranstalter für eine der diesjährigen Konferenzen, «verfassen Sie ja kein theologisches Exposé. Wissenschaftliche und theologische Vorträge gibt es mehr als genug, Was uns aber vor allem fehlt, das ist das persönliche Erlebnis, das allein Leben zu wecken vermag». Mit diesem Satz ist einigermaßen umschrieben, um was es hier geht. Apeldoorn will eine Pflanzstätte persönlichen Lebens sein, und zwar eines Lebens, das nicht einfach dem Willen und der Überlegung des einzelnen Menschen entspringt, sondern das sich einem höheren Ursprung verpflichtet weiß. Die ungeheure Tragik, daß alles bloß menschliche Wollen zur Befriedung der Menschheit immer wieder versagt, hat den Wunsch wachgerufen, von dem reden zu lassen, was die Menschen heute in ihrem Innersten bewegt. Dabei wird den Rednern, die zu diesen Konferenzen eingeladen werden, bei der Formulierung ihrer Themen volle Freiheit gelassen. Sie sind weder an christliche noch religiöse Bekenntnisse anderer Religionen gebunden. Es wird vielmehr erwartet, daß sie etwas zu sagen haben, was *vor* jeder kirchlich-dogmatischen Festlegung liegt. Daraus ergibt es sich von selbst, daß die Bewegung vorwiegend Laiencharakter trägt, waren und sind es doch immer Laien, von denen